

INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDSFIRMEN DES VCI

chemie report

04/2014 ▶ 4 **Hauptausschuss** Info-Marktplätze ▶ 5 **TTIP** Missverständnisse aufklären ▶ 6 **Energiepolitik** EEG-Novelle beschlossen ▶ 8 **Nachhaltigkeit** in der Arzneimittelforschung ▶ 10 **ISO 26000** wieder aktuell ▶ 11 **Chemie³** Dialog mit Stakeholdern ▶ 12 **Wirtschaft** Chemiemarkt Russland ▶ 14 **Mittstandsinformation** Geschäftsklima legt zu ▶ 16 **Forum Zukunftsenergien** Neuorientierung der Energiewende nötig ▶ 18 **Tagung** mit VCI-Präsenz ▶ 19 **Biotechnologie** geplante Änderungen bei Zulassung gentechnisch veränderter Pflanzen

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



Parlamentarischer Abend des VCI in Berlin

Energiepolitik im Mittelpunkt des Geschehens

Passender hätte der VCI den Termin für den Parlamentarischen Abend kaum wählen können. Tags zuvor hatte Bundeswirtschaftsminister Gabriel den Beschluss des Kabinetts zur EEG-Reform vorgelegt. Am selben Tag verkündete Kommissar Almunia, wie die neuen Leitlinien für Umweltbeihilfen der EU bis 2020 gefasst sind. Die Gastredner der Fraktionen im Bundestag betonten vor diesem Hintergrund übereinstimmend die Bedeutung der Industrie für den Wohlstand und die Notwendigkeit, Wertschöpfungsketten in Deutschland zu erhalten.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Michael Fuchs, zeigte sich zufrieden, dass die große Koalition bei den Verhandlungen mit Brüssel über die Ausgestaltung der Entlastungsregelungen „ein ausgesprochen gutes Ergebnis für die Wirtschaft“ erzielt habe. Er lobte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die gute Zusammenarbeit mit Bundesminister Gabriel. Vor einigen Monaten sei ein so konstruktives Ergebnis noch nicht abzusehen gewesen. Die Bundesregierung habe bei den Verhandlungen mit Almunia nachdrücklich darauf hingewiesen, dass das Funktionieren der



Mit über 450 Personen kamen so viele Gäste wie noch nie zum Austausch des VCI mit der Politik, der traditionell im Hotel Adlon stattfindet.

► industriellen Wertschöpfungsketten in Deutschland nur gewährleistet werden könne, wenn alle Glieder erhalten blieben.

Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Fraktion, wies darauf hin, dass die Bundesregierung erstmals nach mehreren Jahrzehnten einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorlegen könne. Dies sei möglich, weil Deutschland in guter Verfassung sei: Niedrige Arbeitslosigkeit, hohe Beschäftigung, Überschüsse in den Sozialversicherungen und die historisch höchsten Steuereinnahmen prägten das Bild. Bund, Länder und Unternehmen investierten zudem gemeinsam rund 80 Milliarden Euro in Forschung und Entwicklung. „Das sind Kennzeichen einer starken Wirtschaft“, betonte Oppermann. Um diese Situation zu stabilisieren, werde die Bundesregierung „wieder Industriepolitik betreiben“. Dazu gehöre neben einer modernen Infrastruktur ein Energiesystem, das Preisstabilität und Versorgungssicherheit gewährleiste. Oppermann rechtfertigte ausdrücklich die Ausnahmeregelungen für die Industrie. „Jeder Arbeitsplatz, der in der deutschen Industrie verloren geht, bedeutet einen Einkommensverlust von mindestens 40.000 Euro für die Familie eines Facharbeiters.“

Der Fraktionsvorsitzende der Linken, Gregor Gysi, ging darauf ein, wie ausreichend qualifizierter Nachwuchs für die Unternehmen organisiert werden könne. Hier sieht er ein Problem in der Bildungspolitik: „Wir werden das Grundgesetz ändern und das Kooperationsverbot aufheben müssen. Die Bildungshoheit der Länder führt zu sechzehn verschiedenen Schulsystemen. Das passt nicht ins 21. Jahrhundert.“

Auch Anton Hofreiter, Fraktionsvorsitzender der Grünen, betonte, dass der Erhalt von Industrie und Wertschöpfungsketten von zentraler Bedeutung für Deutschland seien. Er übte jedoch Kritik an der EEG-Novelle: „Mit der Ausweitung der befreiten Strommenge droht die Gefahr, dass die Akzeptanz der Gesellschaft für die Energiewende verloren geht.“

DIE EEG-REFORM – EIN POLITISCHER KRAFTAKT

VCI-Präsident Kley unterstrich, dass der Verband in den zurückliegenden Monaten in vielen Gesprächen mit der Politik dargelegt habe, wie wichtig die Industrie und mit ihr die Chemie für Deutschland und eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende ist. „Vor allem haben wir herausgearbeitet, dass es ohne die Industrie keine Lösungen gibt. Wir haben vermittelt, dass die Politik etwas Gutes tut für ganz Deutschland, für Arbeitsplätze und Steueraufkommen, wenn sie die Industrie vor weiteren Belastungen bei der EEG-Umlage schützt.“ Kley würdigte die vom Kabinett am achten April beschlossene EEG-Novelle als Schritt in die richtige Richtung. Zu den beiden Vertretern der großen Koalition gerichtet sagte er: „Wir wissen, dass das ein politischer Kraftakt war, auch was das Ringen mit den Bundesländern betrifft. Ihr Engagement dient einer guten Sache.“

mr (chemiereport@vci.de)



Michael Fuchs,
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

„Nur wenn die komplette Wertschöpfungskette in Gänze erhalten bleibt, von der Grundstoff- bis zur High-tech-Industrie, funktioniert der Standort Deutschland auch weiterhin.“



Thomas Oppermann,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

„Die große Koalition hat sich vorgenommen, endlich wieder Industriepolitik zu machen. Wir kämpfen um die Arbeitsplätze in der Industrie. Sie sind ein Großteil des Wohlstandes in unserem Land.“



Gregor Gysi,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag

„Wir wollen Industrie und wir wollen gute Arbeitsplätze in Deutschland – ohne Niedriglohnkostensektor oder prekäre Beschäftigung. Solche Verstöße gegen die soziale Gerechtigkeit sind in der chemischen Industrie nicht anzutreffen.“



Anton Hofreiter,
Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag

„Wenn die Wissenschaft recht hat, müssen wir die Klimakatastrophe in den Griff bekommen. Diese Herausforderung lösen wir nicht dadurch, dass wir die Industrie durch unkluge Politik ins Ausland treiben.“

STANDPUNKT

Ende gut, alles gut?

Hinter uns liegen intensive Wochen. Brüssel und Berlin haben mit den Beihilfeleitlinien und der EEG-Reform über die Entwicklung der Energiekosten entschieden – und damit über einen wichtigen Baustein der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. Das Ergebnis: Der Kabinettsbeschluss zur Reform des EEG und die Entlastungsregeln für energieintensive Unternehmen sichern den Erhalt von hunderttausenden von Arbeitsplätzen. Um das zu erreichen, hat die Industrie auf allen politischen Ebenen Informationsarbeit geleistet. Es ist erfreulich, dass unsere Argumente gehört wurden.

Das war auch dringend geboten. Denn allein die Chemie wird in diesem Jahr rund 1 Milliarde Euro an EEG-Umlage schultern – trotz der Härtefallregelung. Mit der Eröffnung des Beihilfeverfahrens durch die EU-Kommission drohte eine Vervielfachung dieses Betrages. Kommissar Almunia stellte die Entlastungen für energieintensive Unternehmen grundsätzlich in Frage. Sogar Rückzahlungen standen zur Debatte.

Am Ende siegte die Vernunft. Brüssel und Berlin schwenkten Anfang April auf einen wirtschaftlich und energiepolitisch sinnvollen Kurs ein. Mit den EU-Beihilfeleitlinien können energieintensive Unternehmen nun weiterhin die nötige Entlastung erhalten, um im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Die existierenden Anlagen zur Eigenstromerzeugung werden weiterhin von der EEG-Umlage befreit. Dank der klaren industriepolitischen Haltung der Bundesregierung bleiben so 830.000 Arbeitsplätze in deutschen energiein-

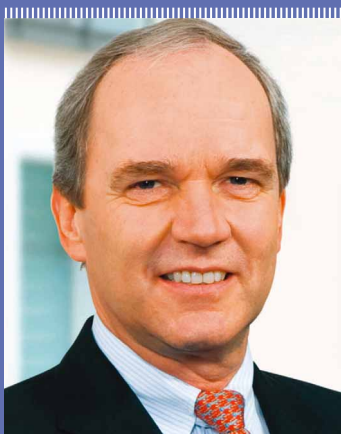
tensiven Betrieben unbeschadet. Unser Dank gilt insbesondere Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und Bundeskanzlerin Angela Merkel, die dieses Verhandlungsergebnis möglich gemacht haben.

Haben wir also Grund zum Jubeln? Nein. Die Rahmenbedingungen haben sich zwar nicht verschlechtert. Eher bizarre Vorschläge – wie etwa die Belastung von hocheffizienten Eigenstromanlagen durch die EEG-Umlage – konnten abgewendet werden. An vielen grundsätzlichen, strukturellen Problemen der Energiewende ändert dies jedoch nichts.

Für eine Energiewende, die Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit in Einklang bringt, bleibt noch viel zu tun. Der Zubau von Windkraft und Photovoltaik muss mit dem Ausbau der Leitungsnetze und dem Aufbau von Speichermöglichkeiten synchronisiert werden. Darüber hinaus brauchen wir Mechanismen für die Sicherung der Grundversorgung. Die Marktintegration der Erneuerbaren Energien steht erst am Anfang. Die Stromkosten für Industrie und private Verbraucher in Deutschland bleiben mit die höchsten in Europa.

Die Industrie in Deutschland, und damit auch die Chemie, kann sich über einen politischen Teilerfolg freuen. Doch

die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt und wird noch langen Atem erfordern. Es liegt daher an uns, auch in Zukunft deutlich zu machen: Eine erfolgreiche Energiewende kann nur gelingen, wenn Deutschland ein starkes Industrieland bleibt. Wenn es um unsere Energieversorgung geht, können wir uns nicht zurücklehnen.



K.L. Kley

Karl-Ludwig Kley,
Präsident des Verbandes der
Chemischen Industrie (VCI)

Wussten Sie schon?**40 Prozent des Strompreises,**

den die deutsche Industrie zu zahlen hat, sind auf Steuern und Abgaben zurückzuführen – deutlich mehr als in jedem anderen europäischen Land. Über diese und weitere Herausforderungen für die hiesige Chemie-Industrie informiert der aktuelle Politikbrief des VCI unter dem Titel „Mehr Europa, bitte!“

Bis zu vier Mal im Jahr meldet sich der VCI mit dem Politikbrief bei Parlamentariern, Vertretern in Ministerien und Behörden

sowie Meinungsbildnern zu Wort. Die aktuelle Ausgabe steht ganz im Zeichen der anstehenden Europawahl: Ob für Industriepolitik oder Förderung von Innovationen, Produktsicherheit und Freihandel – der VCI macht konkrete Vorschläge für eine Europa-Politik, die eine leistungsstarke und wettbewerbsfähige Industrie unterstützt.

Die VCI-Politikbriefe stehen für alle Interessenten zum Download bereit unter: www.vci.de/politikbrief

